

CSU: Ukrainer sollen arbeiten oder zurück in die Heimat



Landesgruppe drängt bei Winterklausur in Seon auf eine bessere Integration Geflüchteter und fordert Drittstaatenlösung für Asylverfahren

Von Alisha Mendgen
vor 11 Stunden

 Artikel anhören

Seon.

Die CSU-Landesgruppe will Ukrainerinnen und Ukrainer, die keine Arbeitsangebote annehmen, wieder zur Rückkehr in den Westen ihres Heimatlandes drängen. Das geht aus einem Beschlussentwurf für die noch bis diesen Montag andauernde Winterklausur der CSU-Landesgruppe hervor.

Mit der ukrainischen Regierung müssten die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, „damit ukrainische Flüchtlinge in sichere Gebiete der West-Ukraine zurückkehren können“, heißt es in dem Papier, das dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. „Wir müssen weg vom Prinzip des dauerhaften Bürgergeldbezugs und stärker in die Richtung zu einem Grundsatz ‚Arbeitsaufnahme in Deutschland oder Rückkehr in sichere Gebiete der West-Ukraine‘.“

Auch in den westukrainischen Regionen Lwiw und Transkarpatien gab es im

vergangenen Monat jeweils mehr als 20-mal lautlos.

Nach Ansicht der CSU-Bundestagsabgeordneten muss allen „erwerbsfähigen ukrainischen Flüchtlingen ein Arbeitsangebot“ gemacht werden. Wer das ablehnt, muss im Bürgergeld sanktioniert werden. Es müsse „Leistungskürzungen bis hin zum Leistungsentzug“ geben.

Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte am Sonntag in Seeon: „In Deutschland sind weniger als 20 Prozent der erwerbsfähigen ukrainischen Flüchtlinge in Arbeit, in Holland beispielsweise sind das über 70 Prozent, in Polen noch mehr.“ Das Bürgergeld setze falsche Anreize, warnte der CSU-Politiker. Allerdings sind die Verhältnisse in den europäischen Ländern nur bedingt vergleichbar. Auch die Methoden zur Erhebung der Erwerbsquote können unterschiedlich sein. Wie genau die Christsozialen die Ukrainer zur Rückkehr bewegen wollen, ist unklar. Über die sogenannte Massenzustromrichtlinie haben Ukrainer noch bis März 2025 Anrecht auf Aufenthalt in EU-Staaten.

Die deutschen Sozialleistungen hätten sich zu einem „Migrationsmagneten“ entwickelt, heißt es in dem Entwurf weiter. „Deshalb müssen die Leistungen für Asylbewerber reduziert werden.“ Dafür strebt die CSU eine Grundgesetzänderung an, um die Unterstützung für abgelehnte Asylbewerber zu kürzen. Die CSU spricht von einem „angepassten Leistungsniveau unterhalb des Bürgergeldes etwa für abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber“.

Zudem pocht die CSU-Landesgruppe erneut auf eine Drittstaatenlösung nach dem Vorbild des umstrittenen Ruanda-Modells. Asylverfahren sollten künftig unter dem Schutz der Europäischen Union in sicheren Drittstaaten außerhalb Europas durchgeführt werden, heißt es. Schutzberechtigte will die CSU vor Ort in dafür vorgesehene Einrichtungen unterbringen.